



**Geschäftsführung
Ausschuss für Bürgerbeteiligung,
Anregungen und Beschwerden**

Frau Möller

Telefon: (0221) 221-26144

Fax:

E-Mail: julia.moeller@stadt-koeln.de

Datum: 07.05.2021

Niederschrift

über die **3. Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 03.05.2021, 17:00 Uhr bis 18:42 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Innenhof Spanischer Bau (neben dem Stadtmodell)

INFEKTIONSSCHUTZ: Bitte melden Sie sich unbedingt vorab bei der Schriftführung an.

Das Tragen einer medizinischen / FFP2 Maske ist vorgeschrieben.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Erika Oedingen	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Lars Wahlen	GRÜNE
Frau Birgit Bonk	Auf Vorschlag von SPD
Herr Stephan Pohl	Auf Vorschlag der CDU
Frau Uschi Röhrig	DIE LINKE
Herr Robert Wande	Auf Vorschlag von FDP
Herr Manfred Kreische	Auf Vorschlag von KLIMA FREUNDE

Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Mario Michalak	GRÜNE	Vertretung für Herrn Manfred Giesen
Herr Felix Spehl	CDU	Vertretung für Herrn Henk van Benthem
Frau Lisa Steinmann	SPD	Vertretung für Frau Polina Frebel

Beratende Mitglieder

Herr Walter Wortmann	Freie Wähler Köln
Frau Pia Waldhof	Auf Vorschlag von Volt
Herr Andreas Albrecht	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Peter Mülhens	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Matthias Büschges	AfD, Vertretung für Frau Diana Finsterle
Herr Achim Schmitz	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bezirksbürgermeister Manfred Giesen	GRÜNE
Frau Polina Frebel	SPD
Herr Henk Benthem van	CDU

Beratende Mitglieder

Frau Diana Finsterle	Auf Vorschlag von AfD
Herr Stefan Fischer	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Inge Fuhrmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Frau Christiane Klingenburg-Steinhausen	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Dieter Schöffmann	Auf Vorschlag von GRÜNE
Herr Nils Beuthert	Auf Vorschlag von SPD
Herr Dr. Dieter Brühl	Auf Vorschlag von SPD
Herr Norbert Plützer	Auf Vorschlag von SPD
Herr Heinz Klein	Auf Vorschlag von CDU
Frau Yvonne Krüpig	Auf Vorschlag von CDU
Frau Friederike Steinmetz	Auf Vorschlag von CDU
Frau Amina Krolow	Auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Niuscha Arabi	Auf Vorschlag von FDP
Frau Sabine Kader	Auf Vorschlag von Die PARTEI
Frau Eugenie Rempel	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
---------------------	-------------------------------------

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, begrüßt die Anwesenden sehr herzlich. Er dankt für die Bereitschaft die Sitzung unter den erschwerten Pandemiebedingungen abzuhalten und wünscht dem Anliegen der Petentinnen und Petenten gerecht zu werden und eine angemessene Diskussion zu ermöglichen. Bevor er zur Tagesordnung kommt, bittet er darum, die vorgeschriebenen Masken während der gesamten Sitzung, auch beim Sprechen, zu tragen. Im Vorfeld hatte er bereits darum gebeten, die Redebeiträge so kurz wie möglich zu halten mit, wenn möglich, nur einem Beitrag pro Fraktion. Auch die Mitteilungen bittet er nur zu kommentieren, wenn es unbe-

dingt notwendig ist und Nachfragen schriftlich zu Protokoll zu geben. Die Verwaltung wird die Antworten schriftlich erstellen.

Herr Wortmann, Freie Wähler, fragt, warum die Beantwortung der mündlichen Anfragen aus der letzten Sitzung nicht in Session eingestellt worden seien.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, erläutert, dass dies nur Zwischenmeldungen waren, man wird die Beantwortungen in das nächste Protokoll aufnehmen.

Es folgt die Begrüßung von zwei neuen Ausschussmitgliedern aus der Stadtarbeitsgemeinschaft für Behindertenpolitik. Herr Andreas Albrecht und Herr Achim Schmitz werden vom Ausschussvorsitzenden verpflichtet.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, fragt, ob es Anmerkungen oder Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Es gibt dazu keine Meldungen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 1.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Verkehrsschau im OpenData-Portal" Aktenzeichen 68/20
2633/2020
- 1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Vertical Farming in Köln" Aktenzeichen
216/20 B
0227/2021
- 1.3 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Versetzen von falsch parkenden Fahrzeugen"
Aktenzeichen 97/20 B
2865/2020
- 1.4 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Erläuterung rassistischer und/oder kolonialer
Denkmäler, Schilder und „Erinnerungen" Aktenzeichen 109/20 B
2301/2020
- 1.5 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Aufforstung Kölner Grüngürtel" Aktenzeichen
134/20 B
2540/2020
- 1.6 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Facebook" Aktenzeichen 55/21 B
0891/2021
- 1.7 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Beschwerde gegen die Absage der Sitzung
der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 22.03.2021" Aktenzei-
chen 60/21S
1280/2021

2 Mitteilungen

2.1 Schriftliche Mitteilungen

2.1.1 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wert-schätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
0409/2021

2.1.2 Transparenzbericht 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und Innovati-onsplattform innovative-stadt.koeln
1329/2021

2.2 Mündliche Mitteilungen

3 Anfragen

3.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1.1 Nachfragen zum Sachstandsbericht 2020
Hier: schriftliche Nachfragen der Fraktion DIE GRÜNEN für die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden am 15.03.2021, TOP 3.1.1
0419/2021

3.1.2 Sachstand Bundestagspetition zur Haustürbelieferung von Telefonbüchern
Hier: mündliche Nachfrage von Frau Oedingen, SPD, in der Sitzung des Aus-schusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden am 15.03.2021 zu TOP 3.1.2.
3343/2020

3.1.3 Sachstand Verbot von E-Scootern
hier: mündliche Nachfrage von Herrn Wortmann, Freie Wähler, in der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden am 15.03.2021 zu TOP 3.1.3.
3308/2021.

3.2 Mündliche Anfragen

3.3 Schriftliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

1.1 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Verkehrsschau im OpenData-Portal" Aktenzeichen 68/20 2633/2020

Der Petent trägt vor, es gäbe für die Verkehrsschauen eine verbindliche Verwaltungsvorschrift, die die Verkehrsschauen im Zweijahresrhythmus festsetze. Die darüber zu fertigenden Niederschriften wünsche er zur Einsicht im Open-Data-Portal der Stadt Köln eingestellt zu sehen. Er betont, dass es der Straßenverkehrsbehörde zuzumuten sei, diese Niederschriften personengeschwärzt zur Verfügung zu stellen. Auch als Laie sei es ihm klar, dass diese präventive Arbeit, Kommunikation und Maßnahmenachverfolgung wichtig sei. Daher fände er den Beschlussvorschlag der Verwaltung zu kurz gedacht und bittet im Sinne von mehr Transparenz eindringlich zu überlegen, ob man die Protokolle der Verkehrsschauen, die in Köln hoffentlich stattfänden, einstellen könne.

Frau Rönnau, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, nimmt Stellung. Sie versichert, dass diese Verkehrsschauen selbstverständlich stattfänden. Sie erklärt diese Verkehrsschauen seien eine regelmäßige Überprüfung des Straßen- und Verkehrssystems, die von Straßenbaubehörden, Polizei und Verkehrsunternehmen durchgeführt würden, um Sanierungsbedarf und Sicherheitsmängel festzustellen und sie würden selbstverständlich dokumentiert. Es ist ein laufendes Geschäft der Verwaltung, in das der Bürger nicht einbezogen werde. Der Teilnehmerkreis sei bereits sehr groß, eine Vergrößerung würde den Ablauf erschweren. Eine Einstellung der Protokolle auf eine öffentliche Plattform könnte suggerieren, dass es eine Bürgerbeteiligung gäbe, was nicht vorgesehen sei. Eine rückwirkende Einstellung der Protokolle für die letzten drei Jahre sei ein Aufwand, der personell nicht zu leisten sei. Sie regt an aufgrund der hohen Belastung der Verwaltung, es bei dem bisherigen Procedere zu belassen. Man könne sich vielleicht darauf einigen, für zukünftige Verkehrsschauen diese Protokolle einzustellen.

Herr Wahlen, Die Grünen, hat Verständnis für den Wunsch nach mehr Transparenz und schlägt vor den Beschlusssatz zu ergänzen um den Satz „...die Verwaltung wird gebeten zu prüfen wie i.S. einer höchstmöglichen Transparenz eine Verkehrsschau umgesetzt werden kann.“

Herr Kreische, Klima Freunde, weist auf den in Köln laufenden Bundeskongress für nationale Stadtentwicklung und auf das dazu veröffentlichten Papier zur Datenstrategie für eine gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung hin. Hier geht es um Herstellung von Transparenz für die Bürgerbeteiligung. Er regt an, dieses Papier bei der Stabstelle für Digitalisierung einzubringen und es auch für andere Themen im Rahmen des SmartCity-Projektes zu besprechen. Da es einen großen Straßensanierungsbedarf in Köln gäbe, wäre in der Praxis die Veröffentlichung der Verkehrsschauen sinnvoll. Der Bürger hätte die Möglichkeit nachzusehen, ob das Problem durch die Behörden bereits erfasst sei. Dies würde auch die Verwaltung entlasten.

Herr Wortmann, Freie Wähler, dankt der Verwaltung für die Offenheit, mit der sie über die Überlastung in solchen Prozessen spräche. Er fragt, wieviel Zeit es brauche von einer Meldung in der Verkehrsschau bis zur ratsrelevanten Mitteilung.

Frau Rönnau erläutert, dass die Sachverhalte in der Verkehrsschau eher normale Meldungen wären, die das laufende Geschäft der Verwaltung betreffen. Diese Sanierungen und Verbesserungen müssten in der Regel nicht vom Rat beschlossen werden.

Frau Bonk, SPD, hält diese Transparenz für sinnvoll und würde das Angebot, die Verkehrsschauen zukünftig zu veröffentlichen, gerne annehmen und in diesem Sinne dem Vorschlag der Grünen folgen.

Der Petent würde es begrüßen, wenn in Zukunft die Verkehrsschauen einsehbar wäre, auch im Sinne des AFCD und des VCD, die seit Jahren sich hier eine Einsicht wünschen, und man würde hier gerne das Knowhow zur Verfügung stellen.

Herr Derichweiler, Ausschussvorsitzender, stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe, **und bittet die Verwaltung zu prüfen, wie im Sinne einer größtmöglichen Transparenz eine Verkehrsschau umgesetzt werden kann.**

Der Verkehrsausschuss, der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfrage und der Digitalisierungsausschuss werden in Kenntnis gesetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

1.2 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Vertical Farming in Köln" Aktenzeichen 216/20 B 0227/2021

Der Petent bedankt sich für die ausführliche Stellungnahme. Er sieht das Thema auch nicht originär bei der Stadtverwaltung, würde aber im Rahmen der bestehenden Ratsbeschlüsse und Aktivitäten wie z.B. „Essbare Stadt“ sich ein präventiveres Wirken der Stadtverwaltung wünschen. Er nimmt zur Kenntnis, dass seine Begründung der Eingabe nicht ausführlich genug gewesen sei und er kündigt an, dass es hier aufgrund der Aktivitäten des Vertical Farming in Köln zu einer Konkretisierung kommen wird.

Herr Hartwig, Amt für Umwelt und Verbraucherschutz, hat das Anliegen geprüft und verweist auf Beispiele aus den USA, wo das Vertical Farming nicht sehr klimaschützend sei und mit hohem Energieaufwand umgesetzt würde, dennoch solle man diese innovative Projekte im Einzelfall zu prüfen. Da es sich im genannten Beispiel um eine Kooperation eines Startups mit einem Technologieunternehmen handele, verweist er auf die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, wo diese Projekte gut angesiedelt seien. Hier könne allenfalls das Amt für Liegenschaft und Kataster als grundstücksverwaltende Dienststelle unterstützend tätig werden. Das Umweltamt würde nur in grundsätzlichen Fragen beraten. Man bräuchte hier konkrete Vorschläge.

Herr Michalak, Die Grünen: die Fraktion stimmt der Verwaltungsvorlage zu. Er ist von der Idee begeistert, als Mitglied des Rates ist er bei der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH und würde sich sehr freuen, solche Initiativen zu unterstützen.

Frau Bonk, SPD, begrüßt diese Idee sehr und schlägt vor zu prüfen, ob die Stadt selber als Initiatorin und Trägerin aktiv werden könnte und empfiehlt die Vorlage an den Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün zu verweisen.

Herr Kreische, Klima Freunde, trägt vor, dass dieses Thema zu Klimaschutz und Stadtplanung gehöre, und begrüßt, dass die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH hier zu Beratung aufgestellt sei. Er selbst sei im Ernährungsrat und weist auf das Papier „Ernährungsstrategie der Stadt Köln“ hin.

Herr Erkelenz, CDU, erinnert sich an die Gründung der KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH, die vor Jahren zur Unterstützung solcher Startup ins Leben gerufen wurde. Er begrüßt es, dass hier der Vorschlag schon in der Vorlage eingebracht wurde und würde dieser zustimmen.

Frau Röhrig, Die Linke, fragt nach, wie eine Konkretisierung des Vorschlags durch den Petenten beraten würde.

Herr Derichswiler; Ausschussvorsitzender, meint, dass eine erneute Beratung in diesem Ausschuss vielleicht nicht sinnvoll sei, es könnten hier für ein neues Projekt direkt Kontakte zwischen den Initiatoren und der Köln Business GmbH geknüpft werden.

Der Petent neigt auch dazu einen weiteren Vorstoß nicht über das Mittel der Bürgereingabe zu machen, sondern dann mit den Initiatoren, für die er das Sprachrohr ist, den vorgeschlagenen Weg zu gehen.

Herr Derichswiler, Ausschussvorsitzender, stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe, in der dieser die Anwerbung und Förderung eines Vertical Farming-Projekts in Köln fordert.

Das Umwelt- und Verbraucherschutzamt verfolgt im Rahmen der Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Ernährungsstrategie vom 18.06.2020 das Ziel einer nachhaltigen Sicherung landwirtschaftlicher Nutzflächen im Stadtgebiet sowie deren nachhaltige Bewirtschaftung zur lokalen Versorgung der Bevölkerung.

Für eine Beratung privater Investor*innen, die ein Vertical Farming-Projekt in Köln realisieren möchten, steht die KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH hinsichtlich der zu klärenden Fragen als Anlaufstelle zur Verfügung.

Der Ausschuss bittet die Beschlussvorlage in die Beratungsfolge des Ausschuss für Klima, Umwelt und Grün aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

1.3 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Versetzen von falsch parkenden Fahrzeugen" Aktenzeichen 97/20 B 2865/2020

Der Petent ist nicht anwesend. Er hat in seiner Eingabe das Anliegen, Fußgänger und Radfahrer mehr zu schützen, ausführlich begründet. Er betont in einer zusätzlichen Stellungnahme, dass nicht nur abgeschleppt werden sollte, wenn der Verkehrsfluss

der Autos behindert wird, sondern auch wenn der Verkehrsfluss der Radfahrer und Fußgänger beeinträchtigt wird, die dann besonders gefährdet seien.

Herr Rosellen, Amt für öffentliche Ordnung, hat Verständnis für das Ansinnen des Petenten und vieler Bürger, die die sofortige Sicherstellung der Fahrzeuge wünschen, man müsse aber in einem urbanen Stadtgebiet wie Köln damit sehr umsichtig sein. Es würden pro Jahr ca. 20.000 Fahrzeuge sichergestellt, und hier müsse jeder Einzelfall begutachtet werden und geprüft werden, ob tatsächlich eine Gefährdung vorliege. Sollte in der jeweiligen Situation eine Gefährdung vorliegen, würde von bloßen Verwarnungen abgesehen und abgeschleppt. Das ist weiterhin der Weg, den sein Amt gehen kann, um in der Breite allen gerecht zu werden.

Herr Wahlen, Die Grünen, stimmt dem Petenten zu. Er versteht aber auch, dass es sich hier um eine Ermessungsentscheidung der Mitarbeiter des Ordnungsamtes handelt, die in der jeweiligen Lage entscheiden müssen. Er macht folgenden Änderungsvorschlag zum zweiten Beschlusssatz: „Im Hinblick auf die Ausführungen der Verwaltung fordert der Ausschuss das Sicherstellen von falsch geparkten Fahrzeugen im Sinne der Gefahrenabwehr zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern zu veranlassen.“

Frau Bonk, SPD: die Fraktion schließt sich dem Vorschlag von Herrn Wahlen an.

Herr Erkelenz, CDU: seine Fraktion stimmt dem Vorschlag von Herrn Wahlen zu. Dies geschehe unter der Beachtung der Straßenverkehrsordnung, die hier vom Ordnungsamt umgesetzt würde.

Herr Derichswiler, Ausschussvorsitzender, stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe.

Im Hinblick auf die Ausführungen der Verwaltung fordert der Ausschuss das Sicherstellen von falsch geparkten Fahrzeugen im Sinne der Gefahrenabwehr zum Schutz von Fußgängern und Radfahrern zu veranlassen.

Die Verwaltung wird gebeten, bei Sicherstellungen konsequent vorzugehen, sofern die Berechtigung der Maßnahme vorliegt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt.

1.4 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Erläuterung rassistischer und/oder kolonialer Denkmäler, Schilder und „Erinnerungen“ Aktenzeichen 109/20 B 2301/2020

Der Petent, Herr Burgwinkel, beschreibt die Hysterie mit der im letzten Jahr in der Presse darüber geschrieben worden sei, dass historische Namen entfernt und Denkmäler abgerissen werden müssten. Das habe ihn veranlasst diese Eingabe einzureichen, er wünsche sich eine umsichtige Prüfung, damit Erinnerungen nicht ausgelöscht würden. Nun habe er der Verwaltungsvorlage entnommen, dass bei der Stadt mit einem solchen Prozess schon begonnen worden sei, was er sehr begrüße.

Herr Stangier, Amt für Integration und Vielfalt, führt aus, dass die Stadt Köln in der Verantwortung sei, die Geschichte, auch die Kolonialgeschichte aufzuarbeiten. Prominentes Beispiel sei derzeit die Rückgabe der Benin-Bronzen durch das Rautenstrauch-Joest-Museum. Es werde in diesem Rahmen mehrere Projekte geben, ein größeres dieser Projekte werde sich mit den Straßennamen aus der kolonialen Vergangenheit beschäftigen, ebenso werde es Arbeitsbereiche geben, die sich etwa mit Namen aus der NS-Zeit beschäftigen. Die Stadt wolle hier einen großangelegten Dialogprozess anstoßen, der auf die Bedeutung der Kolonialgeschichte für unsere heutige Zeit eingehen soll. Hier würden aus der Bürgerschaft unterschiedliche Akteurinnen und Akteure für einen gesamtgesellschaftlichen Dialog eingebunden werden.

Herr Michalak, Die Grünen, begrüßt die Verwaltungsvorlage, der die Fraktion zustimmt und schlägt eine Ergänzung vor: „Straßennamenschilder sind mit Ergänzungsschildern auszustatten, statt sie zu entfernen.“

Herr Erkelenz, CDU, schlägt vor das Wort Denkmal mit einen Bindestrich zu trennen: Denk-Mal! Dann wäre es eine Aufforderung darüber nachzudenken. In diesem Sinne befürwortet die Fraktion die Erhaltung der Namen und würden sie mit Erläuterungsschildern ergänzen, wobei hier der Fokus auf dem Zweck der Erläuterung liege.

Frau Bonk, SPD: ihre Fraktion folgt dem Vorschlag der Grünen und der CDU und richtet bei dieser Gelegenheit ein ausdrückliches Lob an die Verwaltung für dieses Projekt.

Herr Oster, Amt für Integration und Vielfalt, bedankt sich für das Lob und ergänzt, wenn die Verwaltung sich dafür etwas wünschen dürfe, wäre dies zunächst keine Festlegung von Ergebnissen, sondern sie wolle zunächst einen offenen Dialog. Am Ende dieser Diskussion könne die Ausstattung der Namenschilder mit Erläuterungen stehen, es könne aber auch zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Daher wünsche er sich vom Ausschuss, um eine ergebnisoffene Diskussion zu führen, die Verwaltungsvorlage so zu beschließen.

Herr Wande, FDP, schließt sich dem Vorredner an und stimmt dem zu, dass es keine Vorfestlegung geben solle. Die Wissenschaft würde bereits prüfen und danach könne man im Einzelnen überlegen, ob historisch stark belastete Namen tatsächlich entfernt werden müssten oder ob eine Erläuterung anzubringen sei.

Herr Kreische, Klima Freunde, stimmt Herrn Oster zu und begrüßt grundsätzlich offizielle Erläuterungen zu historischen Namensgebern. Er gibt aufgrund seiner Erfahrungen in der Geschichtswerkstatt Kalk zu bedenken, dass diese Erläuterungsschilder kostenaufwändig in der Produktion, Installation und Wartung seien und oft auch von Vandalismus betroffen seien.

Frau Röhrig, Die Linke, schließt sich Herrn Wande an und fände es richtig, erstmal die Ergebnisse des Projektes abzuwarten.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, fragt den Ausschuss, ob es nach diesem Austausch immer noch den Wunsch gäbe, den Beschlusssatz zu ergänzen.

Herr Erkelenz, CDU, erinnert sich, dass nach 1945 und auch 1990 in der früheren DDR zurecht viele Denkmäler entfernt worden seien. Er stimmt Herrn Oster zu, dass es auf das einzelne Denkmal ankomme. Er könne sich vorstellen im Beschlusssatz auf die Ergänzung zu den Erläuterungsschildern zu verzichten.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, lobt noch einmal ausdrücklich die gute Arbeit der Verwaltung zu diesem Thema. Er fasst zusammen, dass der Wunsch den

Beschlussvorschlag der Verwaltung zu ergänzen, relativiert wurde und lässt abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für seine Eingabe. Weiterhin beschließt der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden, dass die Verwaltung die Anregungen der Bürgereingabe in den Prozess der Verwaltung zur Aufbereitung des kolonialen Erbes einbeziehen möge.

Die Verwaltung hat bereits gemeinsam mit der Universität zu Köln ein Projekt initiiert, das in einem ersten Schritt Straßennamen identifizieren soll, die einen kolonialen oder rassistischen Bezug haben. Die Verwaltung setzt eine Kommission mit internen und externen Akteuren ein und nimmt den Dialog mit der Stadtgesellschaft auf.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich gegen die Stimme von Herrn Kreische zugestimmt.

1.5 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Aufforstung Kölner Grüngürtel" Aktenzeichen 134/20 B 2540/2020

Einer **der Petenten** trägt vor, dass der Äußere Grüngürtel rechts und links der Brühler Straße eine mehr oder weniger gepflegte Parkanlage sei mit Rasenflächen soweit das Auge reiche, unterbrochen von Wegen, Bäumen oder kleineren Baumgruppen. Seine Frau und er würden sich dort häufig aufhalten und fragen, warum es dieses Ungleichgewicht zwischen Rasenflächen und Bäumen gebe. Waldflächen seien ein Mehrwert für die Naherholung, Köln könne eine Vorreiterrolle für die Region und NRW übernehmen. Er wägt die Vorteile von Bäumen gegenüber Naturwiesen ab. Das Ziel bei der Anlage des Grüngürtels war ursprünglich genügend Freiflächen für eine wachsende Bevölkerung zu schaffen. Für Aktivitäten brauche man Sauerstoff. Ziel müsse diese Versorgung und der nachhaltige Klimaschutz sein. Selbst bei Aufforstung der Hälfte aller Grünflächen in Köln gäbe es immer noch ausreichend Freiflächen für Freizeitaktivitäten. Das Projekt "Ein Wald für Köln", auf das die Verwaltung in der Vorlage hinweise, sei nicht ausreichend. Den Denkmalschutz als Argument für die Erhaltung der Grünflächen anzuführen sei falsch, da das Denkmal zusehends verfallende. In diesem Sinne appelliere er an die Stadt Köln seine Eingabe zu unterstützen und bitte die Stadt aufzuforsten.

Herr Dr. Bauer, Amt für Grünflächen und Landschaftsschutz, begrüßt das Ansinnen der Petenten den Wald in Köln für den Klimaschutz und die Ökologie zu sichern und auszubauen. Aber Fläche sei ein Gut, um das gerungen würde. Diese Grünflächen seien ein wichtiger ökologischer Ausgleich und für Insekten, Vögel usw. als Nahrung- und Brutbiotope. Im Umweltausschuss sei gerade ein Beweidungskonzept dieser Flächen beschlossen worden, um sie ökologischer zu gestalten. Natürlich sei auch der Denkmalschutz ein wichtiges Thema, und er bewundere, was Theodor Nußbaum in den 1920er Jahren mit diesem Grüngürtel geschaffen habe. Es sei eine einzigartige Parkgestaltung, die in Deutschland einmalig in ihrer Größe sei, und die durch eine Aufforstung verändert würde. Grundsätzlich würde er aber dem Petenten zustimmen, mehr Wald in Köln zu fordern und verweist auf das besagte Waldprojekt.

Frau Hölzing, Die Grünen, begrüßt die Eingabe der Petenten sehr, die sich zur Eindämmung des Klimawandels Gedanken machen. Sie habe in dieser Diskussion aber auch gelernt, dass besonders alte Wiesen genauso wichtig seien wie Waldflächen,

und schließt sich dem Verweis von Herrn Dr. Bauer auf das Projekt „Ein Wald für Köln“ an. Sie schlägt eine Ergänzung für den Beschlusssatz vor: „Der Ausschuss stellt fest, dass Wiesen und Felder im Sinne einer ökologischen Vielfalt wichtig sind und befürwortet, dass das Projekt „Ein Wald für Köln“ unter Berücksichtigung größtmöglicher natürlicher und ökologischer Vielfalt und das Programm „Essbare Stadt“ weiter fortgeführt werden.

Herr Erkelenz, CDU, versteht, dass es für die ökologische Vielfalt sowohl Wiesen als auch Wälder braucht und seine Fraktion stimmt dem von Frau Hölzing genannten Ergänzungssatz im Beschluss zu.

Frau Bonk, SPD, betont, dass die freien Grünflächen wichtig seien für die Durchlüftung des Kölner Binnenklimas. Die Fraktion wünscht sich weiterhin Aufforstungsprojekte und stimmt der Verwaltungsvorlage zu.

Frau Röhrig, DIE LINKE, stimmt Frau Hölzing in Bezug auf die Frischluftschneisen zu, sie betont, dass sie einen Schutz der Artenvielfalt für sehr wichtig hält und stimmt der Vorlage zu.

Herr Kreische, Klima Freunde, erläutert, dass es Untersuchungen gibt, wie in den Städten Hitze vermieden werden könne. Dafür seien Bäume am effektivsten, besonders in den Innenstädten müssten sie in den Straßen stehen. Es müssten Flächen begrünt werden, hier sei die Bevölkerung gefragt, diese Flächen müssten als eine Art Gemeinschaftsgärten unterhalten und gepflegt werden.

Der Petent dankt für das Feedback, möchte aber in einigen Punkten widersprechen. Er glaube, es müsse mehr aufgeforstet werden, denn wenn jetzt nicht aufgeforstet würde, müsse man es in einigen Jahre machen. Er verweist auf seine gezeigten Fotos von den Grünflächen, er sehe meist Rasen und keine Naturwiesen. Er gibt zu, dass die Frischluftschneisen ein wichtiges Thema seien, meint aber, dass auch bei der Hälfte Grünflächen immer noch ausreichend Frischluft strömen könne.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, stellt den geänderten Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Ausschuss begrüßt das Ansinnen des Petenten die Waldflächen in Köln im Sinne des Klimaschutzes zu erhöhen. **Der Ausschuss stellt fest, dass Wiesen und Felder im Sinne einer ökologischen Vielfalt wichtig sind und befürwortet, dass das Projekt „Ein Wald für Köln“ unter Berücksichtigung größtmöglicher natürlicher und ökologischer Vielfalt und das Programm „Essbare Stadt“ weiter fortgeführt werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herrn Kreische.

1.6 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Facebook" Aktenzeichen 55/21 B 0891/2021

Der Petent führt aus, dass er in Köln Mülheim ein kleines Soziales Medium betreibt. In seiner Eingabe fordere er, dass die Stadt Köln die Links bzw. Buttons zu Facebook von ihrer Seite entfernt. Die einfache Begründung sei die, dass die Stadt Köln als öf-

fentlicher und Facebook als privater Dienstleister sehr gegensätzliche Interessen hätten. Er beschreibt das Internetangebot der Stadt Köln als sozial, gemeinnützig und seriös, das Angebot von Facebook dagegen sei eigennützig und manipulativ. Facebook verkaufe Kundendaten und es gingen dem Konzern gelegentlich größere Datenmengen verloren. Er fragt, warum die Stadt Köln unentgeltlich für diese Firma Werbung mache. Facebook habe in den letzten Jahren seinen Börsenkurs verzehnfacht, auch dank der Seiten, wie die der Stadt Köln, die diese Links multiplizieren würden. Er verstehe, dass man versuche Zielgruppen zu erreichen, die man mit der eigenen Seite nicht erreichen würde. Er plädiere aber dafür, dass die Stadt ihr eigenes Soziales Medium ausbaue, ihre Seiten verbessere, verständlicher und zugänglicher für alle Bevölkerungsgruppen gestalte, statt für Facebook Werbung zu machen. Es gebe z.B. bei der Stadt das Angebot „Sag’s uns“, das er sehr lobt.

Frau Bauer, Presseamt, verdeutlicht, dass die hinterlegten Links zu den städtischen Angeboten in den Sozialen Medien leiten würden und keine Werbung für diese Medien seien. Sie müssten ihrem Informationsauftrag gerecht werden und es habe sich in der Pandemie gezeigt, dass das besonders effektiv gewesen sei. Sie verstehe den Gedanken, dass die städtische Seite mehr direkte Nutzer anziehen sollte und daran würde auch ständig gearbeitet. Man habe im letzten Jahr eine neue Startseite eingebaut, aber trotzdem müsse man andere Distributionskanäle nutzen, und dies seien die Social-Media-Kanäle.

Herr Wahlen, Die Grünen, hat viel Verständnis für die Kritik an Facebook und anderen Social-Medias, aber man sei hier im Ausschuss für Bürgerbeteiligung und um den Bürger zu beteiligen, müsse man ihn erst einmal erreichen. Selbst die schönste Stadt-Köln-Seite werde nie die Reichweite haben, die Facebook habe. Deswegen verstehe er das Interesse der Stadt, auf diesen Seiten vertreten zu sein, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Frau Bonk, SPD, stimmt dem zu, dass die jungen Leute erreicht werden müssten. Man würde daher vor den großen Konzernen die Waffen strecken, so schwer es ihnen fiele. Sie wünscht aber, dass die Öffentlichkeitsarbeit, als Absetzung dazu mehr Open-Source-Kanäle bespielen würde. Leider müsse man hier, mit Tränen in den Augen, die Realität anerkennen.

Herr Erkelenz, CDU, betont, dass es um Transparenz ginge. Die Informationen der Stadt bräuchten eine große Reichweite. Im Internet könne man diese Reichweite über verschiedene Kanäle erlangen. Die Stadt Köln müsse sich um größtmögliche Aufmerksamkeit bemühen und müsse sich in der heutigen Welt dieser Kanäle bedienen. Die Fraktion stimmt der Verwaltungsvorlage zu und schlägt einen Verweis in den Digitalisierungsausschuss vor.

Herr Kreische, Klima Freunde, fragt wie man den Digitalisierungsausschuss beteiligen kann.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, sieht jetzt doch eine Mehrheit für den Beschlussvorschlag der Verwaltung und lässt abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden dankt dem Petenten für die Eingabe.

Im Hinblick auf die Ausführungen der Verwaltung sieht der Ausschuss keinen Notwendigkeit, Links auf den Internetseiten der Stadt Köln, die zu Social-Media-Kanälen führen, zu entfernen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Herrn Kreische.

1.7 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Beschwerde gegen die Absage der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 22.03.2021" Aktenzeichen 60/21S 1280/2021

Der Petent hat Beschwerde eingereicht gegen die Absage einer Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik. Es sei seinerseits ein trauriges Akzeptieren gewesen. Er wolle ein Thema bewusst machen, das alle seit einem Jahr beschäftigt. Die Corona-Pandemie verlange Einschränkungen, die aus unterschiedlicher Sichtweise betrachtet würden. Betrachte man die politische Meinungsbildung, gelten für diese Sitzungen viele Hinweise zum Infektionsschutz, die zu Beginn schnell von allen Teilnehmern durchgewunken würden. Man habe im Juni 2020 in der Stadtarbeitsgemeinschaft Fragen gestellt, wie man diesen Prozess der politischen Meinungsbildung für die Teilhabe aller mit technischen Mitteln weiter ermöglichen könne. Behinderte Menschen seien besonders betroffen, was dazu führe, dass diese Meinungen wegfielen. Wenn er auf den Verlauf der letzten 12 Monate schaue und was sich seit dem getan habe, würde man verstehen warum er im März 2021 diese Beschwerde über die Absage der Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft für Behindertenpolitik eingereicht habe. Erst am 21. März 2021 sei der Stadt vom Land NRW eine neue Rechtsauffassung zur Umsetzung von politische Gremien zugegangen, die nun diese Veranstaltungen zuließe. Das System sei langsam und schwerfällig, erst in der Sitzung vom 23.04.2021 habe man eine Antwort auf die Nachfragen zu neuen Lösungen für die politische Teilhabe gegeben. Hintergrund seiner Beschwerde sei also das Bewusstsein zu entwickeln, dass man neue Wege der politischen Teilhabe sicherstellen müsse, und zwar unterschiedliche Wege, nicht nur in Präsenzveranstaltungen. DAX-Konzerne würden Hauptversammlungen online durchführen, die Partei der Linken hätte ihren Fraktionsvorsitzenden online gewählt. Warum könne das nicht auch auf kommunaler Ebene gehen. Die Mandatsträger könnten eine politische Initiative starten, um hier in eine neue Richtung zu denken. Der Virus gibt Spielregeln vor, die man als Demokrat mit Sicherheit nicht akzeptieren wolle. Er bittet die Ausschussmitglieder diese Einschätzung in andere Gremien mitzunehmen.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, versichert, dass es auf jeden Fall eine Sensibilisierung für dieses Thema gäbe, auch dieser Ausschuss fände unter besonderen Bedingungen statt. Dass die Mitglieder der Stadtarbeitsgemeinschaft besonders davon betroffen seien, sei angekommen.

Herr Oster, Amt für Integration und Vielfalt, betont, dass er nicht zufrieden gewesen sei mit der Entscheidung die Sitzung abzusagen und er sei auch nicht zufrieden mit der derzeitigen politischen Partizipation. Die Bedingungen seien nicht demokratieförderlich und ließen oft Stimmen nicht zu. Es sei ihm schwer gefallen diese knochentrockene Vorlage zu diesem Thema zu schreiben, aber die Coronaschutz-Verordnung sei auch knochentrocken. Er meine für die Sitzung am 23.04.2021 seien gute Modalitäten gefunden worden. Er sei aber bereit gemeinsam noch weitere Wege der Durchführung zu suchen, da alle eingeladen waren, aber aus den Gründen die der Petent

angeführt habe, seien nicht alle gekommen. Die Vorlage verbinde er aber mit der Zusage alles Mögliche zu tun, um Demokratie und Teilhabe für die Betroffenen umzusetzen.

Herr Erkelenz, CDU, versichert, dass in seinem Umfeld mittlerweile alle sensibler für dieses Thema der Teilhabe geworden seien. Auch in diesem Ausschuss hätte es eine Diskussion über Durchführung und Absage gegeben. Er hoffe, dass hier bald bessere Mittel des Austauschs gefunden würden, werde aber der Vorlage von Herrn Oster folgen, der sich hier in einer Zwickmühle befand.

Frau Bonk, SPD, bedankt sich für die ernsthafte und eindringliche Weise das Anliegen vorzutragen, die alle berührt habe.

Der Petent dankt Herrn Oster für sein Feedback. Er bittet den Ausschuss das Wort „Behinderung“ aus den Unterlagen und aus dem Kopf zu streichen. Jeder politische Mandatsträger, der aus irgendwelchen Gründen nicht teilnehmen könne, könne sich nicht äußern. Man gehöre dazu und deswegen bitte er den Ausschuss sich für dieses Thema einzusetzen.

Herr Derichsweiler, Ausschussvorsitzender, stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Ausschuss dankt dem Petenten für seine Eingabe. Der Ausschuss kann die Entscheidung, die Sitzung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik am 22.03.2021 zu dem damaligen Zeitpunkt unter den dargestellten Rahmenbedingungen abzusagen, nachvollziehen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit der Gegenstimme von Herrn Kreische.

2 Mitteilungen

2.1 Schriftliche Mitteilungen

**2.1.1 Respektvoll, diskriminierungsfrei und zugewandt: Leitfaden für eine wertschätzende Kommunikation bei der Stadt Köln
0409/2021**

**2.1.2 Transparenzbericht 2020 zur Verwaltungsreform #wirfürdiestadt und Innovationsplattform innovative-stadt.koeln
1329/2021**

2.2 Mündliche Mitteilungen

3 Anfragen

3.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

3.1.1 Nachfragen zum Sachstandsbericht 2020

Hier: schriftliche Nachfragen der Fraktion DIE GRÜNEN für die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden am 15.03.2021, TOP 3.1.1 0419/2021

Vorab schriftlich eingereichte Fragen der **Fraktion DIE GRÜNEN**

Zu Vorlage 3644/2019- „(mehr) Daten bei Offene Daten Köln“, AZ. 252/19:

Gibt es schon Daten? Wann sind sie zu erwarten? Wird der Petent informiert? Gibt es bereits kurzfristige Nutzungen in dem Sinne?

Stabstelle Digitalisierung, Stellungnahme vom 17.03.2021:

Das Open Data Portal wird seit 2012 produktiv genutzt und wird perspektivisch Ende 2021, 2022 ff. mit zusätzlichen Daten aus dem BMI Förderprojekt unbox gefüllt. Es stehen aktuell mehr als 300 Datensätze mit über 2000 Ressourcen zur Verfügung, die stetig erweitert werden. Insgesamt werden 13 Kategorien, von Bevölkerung bis Transport und Verkehr bedient. Mit dem kommenden Stellenzuwachs soll die Datenakquise gefördert werden. Darüber hinaus ist geplant in 2021 auch diversen weiteren Projekten aus unterschiedlichen Themenbereichen, z.B. CodingDaVinci aus dem Kulturbereich, mit dem Open Data Portal eine Plattform zu bieten. In Q2 2021 wird darüber hinaus der Metadatenstandard DCAT-AP.de in die Plattform integriert, so dass neben Quantität auch die Qualität der vorgehaltenen Daten steigt. Die Vorreiterrolle Kölns im Bereich Open Data in Deutschland wird hierdurch weiter verankert. Indem wir unsere Plattform aktuell 11 weiteren Kommunen und Rechenzentren zur Verfügung stellen (Betrieb und Hosting). gelten wir im interkommunalen Bereich als Enabler für Open Data. Auch sind wir Mitglied in unterschiedlichen Usergroups der Kölner Open Data Community und engagieren uns auch überregional in diversen Projekten. Als Vice Chair der Arbeitsgruppe Data des Eurocities Knowledge Society Forums versuchen wir darüber hinaus auch unser internationales Netzwerk auszubauen und gemeinsame Projekte anzustoßen. Der Petent war bei der letzten Sitzung (2020) anwesend, wird daher nicht gesondert informiert.

Zu Vorlage 0533/2019- „Anlegen einer Busspur auf der Frankfurter Straße“, AZ. 39/18:

Gibt es nun das Ergebnis? Wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

Aussage vom Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung am 20.04.2021:

Die KVB prüft derzeit die Umsetzung. Es folgt eine Stellungnahme für den Ausschuss.

Bisher keine neuen Informationen, 18.05.2021

Zu Vorlage 2921/2019- „Gehwegproblematik im Kölner Stadtgebiet“, AZ 264/18:

Wann beschließt der AVR?

Amt für Integration und Vielfalt, Stellungnahme vom 17.03.2021:

1.- Anbei zunächst einmal die Übersicht, wie die verschiedensten Gremien zur zurückgezogenen Vorlage der Verwaltung die Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik vom 16.02.2017 beraten und beschlossen haben:

https://ratsinformation.stadt-koeln.de/suchen01.asp?_swords=Herstellung+von+Barrierefreiheit+auf+Köln+Gehwegen&_sao=1&_swnot=Ausschlussworte&_zsignr=-none-&_axxdat_full=01.11.2010&_exxdat_full=17.03.2021&qo=Suchen&_sqr=Suchen

Die Vorlage wurde am 08.03.2021 unter TOP 10.3 im AVR von der Verwaltung zurückgezogen. Frau Thiemann will sich nochmal melden, wenn sie den aktuellen Sachstand zur zurückgezogenen Vorlage ermittelt hat.

2.- Bezüglich der Herstellung der baulichen Mängel auf den Gehwegen wird das Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung einbezogen und handelt i.d.R. zeitnah.

Zu Vorlage 4175/2019- „Förderung von Proberäumen für Kölner Bands“, AZ. 276/19:

Wann beschließt der Kunst- und Kulturausschuss?

Aussage dazu vom Kulturamt vom 18.05.2021: *Es wird in den nächsten 4 Wochen in Sozial-, Finanz- und Kulturausschuss die inhaltsgleiche Vorlage 0432/2021 beraten werden.*

Zu Vorlage 0597/2020- „Verfahren bei der Genehmigung von PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden und Förderung von PV-Anlagen“, AZ. 12/20:

Bitte den Sachstand darstellen, sobald dieser vorliegt.

Amt für Denkmalschutz, Stellungnahme vom 17.03.2021:

Die Bürgereingabe haben wir als Anregung für das Qualitätsmanagement wahrgenommen, um die Einzelfallprüfungen der Denkmäler besser zu handhaben, auch wenn gelegentliche Konflikte, gerade bei komplexeren Anlagen, die, wie die Schule Am Rosenmaar, aus denkmalwerten und nicht-denkmalwerten Bestandteilen bestehen, nicht ausgeschlossen werden können.

Die Erlaubnis für die Photovoltaik-Anlage auf der nicht-denkmalwerten Turnhalle (Umgebungsschutz) wurde am 07.05.2020 von meiner Vorgängerin erteilt.

Beim Stadtkonservator nehmen wir die Belange des Klima- und Umweltschutzes ernst, und versuchen Lösungen zu finden, die sowohl dem Klimaschutz als auch dem Denkmalschutz gerecht werden. Die Denkmalbehörde muss darauf achten, dass nur energetische Maßnahmen eingesetzt werden, bei denen die historische Bausubstanz der Baudenkmäler und ihr Erscheinungsbild nicht erheblich beeinträchtigt werden, damit die Denkmäler uns möglichst unverfälscht von der Geschichte, der damaligen Gesellschaft, Bautechnik und Baugestaltung berichten. Dem trägt z.B. auch das Gebäudeenergiegesetz Rechnung, das in §105 Ausnahmen für Denkmäler regelt, damit sie durch energetische Baumaßnahmen nicht zerstört, geschädigt oder verunstaltet werden. Da Stromerzeugung durch Solarenergie nicht zwingend auf dem Denkmal als Standort stattfinden muss, deren historisch aussagekräftige Bausubstanz und Er-

scheinungsbild jedoch Voraussetzung für die Denkmaleigenschaft sind, bemühen wir uns daher bei Solaranlagen, geeignete Alternativstandorte zum Denkmal finden.

Vergleichbare Vorhaben im Bezirk 9 hat es seit dem Beschwerdefall z.B. mit einer Machbarkeitsuntersuchung an der Schule Neufelder Str. 2-4 auf dem jüngeren Erweiterungsbau von ca. 1970 gegeben, wo unsererseits eine PV befürwortet worden ist. Sie soll vom Dachrand zurücktreten, um in wichtigen Ansichtsperspektiven des Denkmals für Betrachter möglichst unauffällig/unsichtbar zu sein und nicht durch die unruhige Ansicht und die Reflexionen das Erscheinungsbild des Denkmals aus dem Ende des 19. Jh. zu beeinträchtigen. Eine PV-Anlage auf dem Denkmal Neufelder Str. 2-4 selbst wäre als spiegelnder Fremdkörper auf dem steilen kleinteiligen Ziegeldach, also als erhebliche Beeinträchtigung, nicht befürwortet worden.

Bei den vorgenannten Beispielen boten nicht-denkmalgeschützte Bauten in der Umgebung des Denkmals, aber noch auf dem Schulgrundstück, geeignete Alternativstandorte.

Bei beabsichtigten Baumaßnahmen am Denkmal oder in dessen engerer Umgebung ist das Vorgehen zweckmäßig, vor einer formellen Antragstellung mit den für den Bezirk zuständigen Gebietsreferent(inn)en Kontakt aufzunehmen, um mögliche Standorte für PV-Anlagen, andere energetische Maßnahmen, Begrünungen oder generell Baumaßnahmen am Denkmal zu erörtern, um die entscheidenden Fragen vor dem Verwaltungsakt zu klären.

Zu Vorlage 0509/2020- „Änderung der Verordnung über den Taxitarif“, AZ. 14/20:

Bitte den Sachstand darstellen, sobald dieser vorliegt.

Amt für Integration u. Vielfalt, Büro des Behindertenbeauftragten, Stellungnahme vom 17.03.2020:

1. Der Link zur Mitteilung Inklusionstaxen in Köln <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/getfile.asp?id=767886&type=do&>
2. Der Link zur Übersicht der Diskussion in den Gremien: <https://ratsinformation.stadt-koeln.de/suchen01.asp? swords=Inklusionstaxen& sao=1& swnot=Ausschlussworte& zsiqrnr=-none-& axxdat full=01.11.2010& exxdat full=17.03.2021&qo=Suchen& sqo=Suchen>
3. Es wird zurzeit eine Vorlage zu den Rückfragen zur o.a. Mitteilung aus dem Ausschuss Soziales und Senioren vorbereitet. Herr Dr. Waluga, Fachreferent für Mobilität, wurde hierzu mit der Bitte um Stellungnahme angeschrieben.

Zu Vorlage 2501/2020- „Ankaufetat Artothek“, AZ. 130/20:

Wann berät der Kunst- und Kulturausschuss?

Aus der Sitzung am 09.03.2021 ging folgender ungeänderter Beschluss (KuK/0002/2021) hervor:

<https://ratsinformation.stadt-koeln.de/to0050.asp? ktonr=316298>

Der Ausschuss Kunst und Kultur folgt der Stellungnahme der Verwaltung (siehe Anlage 3) und sieht derzeit keine Erhöhung des Ankaufsetats der artothek vor.

3.1.2 Sachstand Bundestagspetition zur Haustürbelieferung von Telefonbüchern

Hier: mündliche Nachfrage von Frau Oedingen, SPD, in der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden am 15.03.2021 zu TOP 3.1.2. 3343/2020

Wurde das Thema mittlerweile im Petitionsausschuss des Bundestags beraten?

Antwort der Geschäftsstelle für Anregungen und Beschwerden: *Die Petition wurde noch nicht beraten, jedoch wurde am 16.12.2020 die Novelle des Telekommunikationsmodernisierungsgesetzes veröffentlicht, in der es unter Punkt Recht auf Versorgung mit Telekommunikationsdiensten heißt:*

„Darüber hinaus Modernisierung der Universaldienstvorgaben durch Konzentration auf die wesentliche Verpflichtung Sprach und Internetzugangsdienste bereitzustellen. Die Verpflichtung, Telefonzellen oder Telefonbücher vorzuhalten, entfällt.“

https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/tkg-novelle-infopapier-bmwi-bmvi.pdf?__blob=publicationFile&v=4

3.1.3 Sachstand Verbot von E-Scootern

hier: mündliche Nachfrage von Herrn Wortmann, Freie Wähler, in der Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden am 15.03.2021 zu TOP 3.1.3. 3308/2021.

Haben die Betreiber dieser Verleihsysteme ein Sondernutzungsrecht? Er bezieht sich auf Urteil des OVG vom 20.11.2020, dass das Parken dieser Fahrzeuge im öffentlichen Straßenraum in Düsseldorf verboten hat.

Gibt es bereits Anzeigen gegen die E-Scooter-Betreiber, die sich auf das Urteil beziehen?

Antwort von Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung:

Gegenwärtig liegt kein Sondernutzungsrecht vor. Die Verwaltung prüft aktuell den Beschluss des Oberverwaltungsgerichtes hinsichtlich der gegenwärtigen Verwaltungspraxis und stimmt das weitere Verfahren mit den zuständigen Ämtern ab. Das Rechtsamt ist derzeit stark in pandemiebedingte Verfahren eingebunden, was hier zu Verzögerungen führt.

https://www.justiz.nrw.de/nrwe/ovgs/ovg_nrw/j2020/11_B_1459_20_Beschluss_20201120.html

In der Zwischenzeit erarbeitet die Verwaltung weitere Vorgaben im Rahmen der bestehenden Qualitäts-Vereinbarung. Zusätzlich werden an neuralgischen Punkten entlang der Fußgängerzone bereits Abstellbereiche eingerichtet, um das Stadtbild zu ordnen und Gehwege freizuhalten.

In der kommenden Ausschusssitzung wird mit Vorlage 1422/2021 erneut das Thema „Abstellung von Leihfahrrädern und dgl. im öffentlichen Raum“ beraten werden.

3.2 Mündliche Anfragen

3.3 Schriftliche Anfragen

Gez.
Max Derichsweiler

Gez.
Julia Möller